

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

40 Jahre Kulturautonomie und erst jetzt erhält die DG ein Kulturdekret. Das ist doch irgendwie erstaunlich, oder?

Ein Sprichwort sagt: „Der Schuster hat die schlechtesten Schuhe“. Vielleicht hat es mit diesem Phänomen zu tun, doch es scheint auf den ersten Blick schon sonderbar. Und doch passt es irgendwie zur Vorgehensweise der klassischen Politik. Auf der einen Seite investiert die öffentliche Hand gerne viel, und in unseren Augen zuviel, Geld in Infrastrukturprojekte. Sie erinnern sich an unsere Stellungnahmen zum Triangel beispielsweise. Kulturzentrum Süd ja, aber kleiner und günstiger.

Auf der anderen Seite liegen die Gehälter, die beispielsweise Kulturveranstalter ihren Mitarbeitern zahlen, weit unter dem, was vergleichbare Angestellte in anderen Branchen erhalten. Bei Gehältern und Dienstleistungen ist die klassische Politik dann hier eher sparsam. Dieses Phänomen können wir in der DG, aber auch anderswo, in vielen Politikbereichen erkennen.

Die Tatsache, dass es nun endlich ein Kulturdekret gibt, finden wir sehr positiv. Auch, weil nun Verbesserungen im personellen Bereich ermöglicht werden. Natürlich ist dies erst der 1. Schritt. Weitere sollen folgen.

Es gibt weitere positive Aspekte, die bei meinen Vorrednern teilweise Erwähnung fanden. Und es wurde ja schon viel des Lobes ausgesprochen. In meinen Augen zuviel, denn es gibt doch ein ganze Reihe Aspekte, die zu denken geben. Einige davon möchte ich Ihnen im folgendem darlegen:

Hier möchte ich einfügen, dass ich Herrn Frank in fast allen Kritikpunkten zustimme. Im Verlauf der Beratungen zum Kulturdekret ist mir aufgefallen, dass von verschiedenen Kulturakteuren viel Lobbyarbeit betrieben wurde. Manche hatten damit Erfolg, manche weniger und andere gar keinen.

Nun, man kann der Ministerin sicher nicht vorwerfen, sie hätte die Akteure des Kulturbereichs nicht angehört. Nach welchen Kriterien sie dann aber die

Verteilerschlüssel festgelegt hat, ist uns nach wie vor schleierhaft. Wir sind der Auffassung, dass die Lobbyarbeit einiger Organisationen sehr fruchtbar war. Wer sich zu verkaufen weis und wer das Spiel zu spielen versteht, der hatte beste Chancen, belohnt zu werden.

Wer nicht mitspielt und seine Meinung sagt, der hat kaum eine Chance bedacht zu werden, vor allem dann nicht, wenn er nicht den gleichen Kurs wie diese Regierung fährt.

Es geht schließlich nicht zuletzt um Geld. Sollte ein Kulturdekret nicht eigentlich jeglichen Lobbyismus überflüssig machen? Es ist üblich, dass die meisten Organisationen zuerst einmal an sich denken. Doch davon sollte eine Kulturministerin sich nicht beeindrucken lassen. Es gilt im finanziellen Bereich eine Betrag und einen Verteilerschlüssel festzulegen. Was den Verteilerschlüssel betrifft, so sollte dieser möglichst neutral und unabhängig definiert werden. Die Steuergelder für diesen Bereich sollten gerecht verteilt werden.

Wir sind der Meinung, dass dies im vorliegenden Dekret nicht der Fall ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, wie die Mehrheitskollegen noch schnell einen Abänderungsvorschlag bezüglich der Bezuschussung von Vereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung nachreichen. Bei den einen genügt ein lauter Aufschrei, bei anderen bewirken auch noch so viele Argumente nichts.

So möchte ich zum Beispiel nicht unerwähnt lassen, dass wir nicht verstehen, weshalb die nicht kommerziellen Filmformate des Kinoveranstalters arsVitha im Verteilerschlüssel nicht berücksichtigt werden. Dies mit dem Argument, dass es ja schon Gelder über das Mediendekret gebe, abzutun, ist einfach. Es wird der Sache aber nicht gerecht. Die Vertreter von arsVitha selbst haben den Vorschlag gemacht, die Bezuschussung aus dem Mediendekret zu entfernen und nur noch über das Kulturdekret zu regeln. Dies macht Sinn. Waren der Regierung etwa die damit verbundenen Mehrkosten zuviel?

Im gleichen Kontext ist auch die Festlegung der Kriterien zur Bestimmung von Aktivitäten im Bereich Literatur in unseren Augen nicht nachvollziehbar. Die Kulturministerin muss sich unserer Auffassung nach, und wie eingangs schon angedeutet, den Vorwurf der Willkür gefallen lassen.

Nicht zuletzt, weil das uns hier vorliegende Kulturdekret auch zu einer Umverteilung von Geldern führt. In der Vergangenheit wurden viele im Unterrichtswesen beschäftigte Personen für kulturelle Aktivitäten freigestellt. Die Finanzierung erfolgte also über den Haushalt des Unterrichtswesens. Da die meisten dieser Personen pensioniert wurden, bzw. kurzfristig pensioniert werden, und ein Ersatz über diese Schiene nicht mehr vorgesehen ist, müssen die Organisationen nun diese Gehälter über den Zuschuss finanzieren. Da diese Kosten für kleine und große Organisationen ähnlich sind, führt dies dazu, dass unterm Strich einige Organisationen prozentual mehr Geld erhalten als andere.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Tatsache, dass dieses Dekret in seiner jetzigen Form, mehr die Quantität als die Qualität fördert. Dies wird von einigen Organisationen begrüßt, doch wir sind der Meinung, dass dies der falsche Weg ist.

Der Leistungsgedanke und die Massenproduktion sind durch unsere Wirtschaftsform omnipräsent. Wollen wir diese nun wirklich auch noch in die Kultur hineinbringen?

Das mag überspitzt klingen. Tatsache ist, dass nicht kommerzielle Kulturarbeit schwer zu finanzieren ist. Die Kulturakteure der DG werden ihre Arbeit an den Vorgaben des Dekrets ausrichten und versuchen möglichst viele Aktivitäten zu produzieren bzw. zu veranstalten. Nur so kommen sie in den Genuss höherer Zuschüsse.

In erster Linie sollte die öffentliche Hand, die Amateurkultur fördern. In Anlehnung an den „Breitensport“, möchte ich das hier als „die Breitenkultur“ bezeichnen. Die Bürger sollen einen Rahmen geboten bekommen, der ihnen ermöglicht, den unterschiedlichsten Aktivitäten nachzugehen und sich dort zu entfalten. Dort sollte weniger Leistung, als Spaß und Erfüllung im Vordergrund stehen. Kulturschaffende, die eine professionelle Ausrichtung anstreben, sollten das tun können. Der Staat sollte sich da aber in der finanziellen Unterstützung zurückhalten.

Bisher habe ich viel über Geld gesprochen. Ja, das Dekret regelt vor allem die Verteilung von Steuergeldern. Da diese nicht gerade üppig zur Verfügung stehen, entsteht auch schon mal Neid oder Missgunst unter den Kulturakteuren.

Stände genug Geld zur Verfügung, würde es auch nur eine untergeordnete Rolle spielen. Viele Diskussionen und Reibereien hätte es womöglich gar nicht gegeben. Weshalb aber steht nicht mehr Geld zur Verfügung? Ein Grund ist sicherlich die Ausgabenpolitik der Regierung. Dazu werden wir in einigen Wochen im Rahmen der Haushaltsdebatten noch ausführlich diskutieren können.

Nur soviel zur Aussage der Kollegin Moeres und dem Mut so viel Geld in die Kultur zu investieren. Alleine die Schreinerarbeiten in diesem Haus haben mehr als 400.000,- € gekostet.

Ganz allgemein betrachtet hat der Geldmangel aber ganz andere Gründe. Die Vivant-Fraktion hat das Thema „Geld“ ja schon oft in diesem Hause thematisiert und deshalb brauche ich hier nicht nochmals ins Detail darauf einzugehen.

Umso unverständlicher ist für uns, dass die Ministerin für Kultur, aber auch die Regierung als Ganzes, nichts unternimmt, um an einer Veränderung des aktuellen Geldsystems mitzuwirken. Natürlich kann sie nur einen bescheidenen Beitrag dazu leisten. Aber sie kann viel mehr tun, als sie selber behauptet. Gerade im kulturellen Bereich, wo ohne Ehrenamt nichts läuft, könnten Parallelwährungen, wie beispielsweise eine Zeitwährung, eine gute Hilfe darstellen. Sie würde nicht die finanziellen Probleme lösen, aber es wäre ein Beitrag.

Die Vivant-Fraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten, da wir, wie gesagt die Einführung eines Kulturdekrets zwar begrüßen, seine Ausrichtung aber zu viele Mängel aufweist.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Alain Mertes,
Vivant-Fraktion